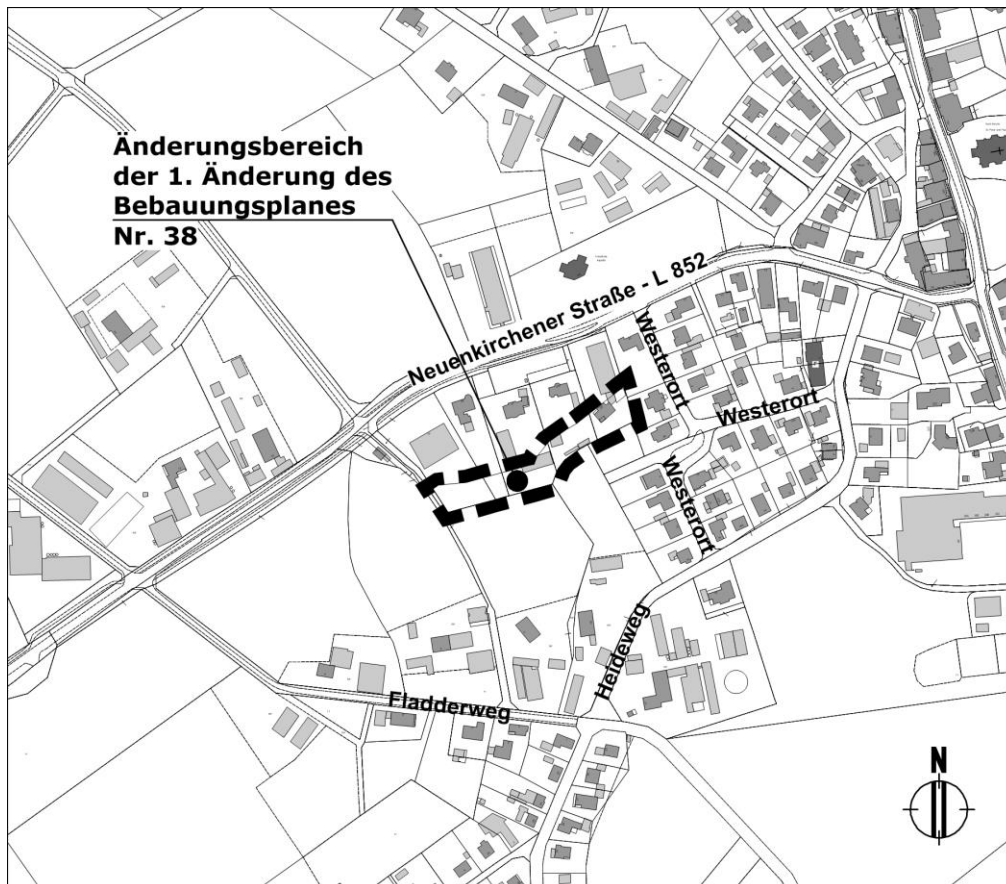


Bekanntmachung

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 „Südlich der Neuenkirchener Straße“

hier: Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses und Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB sowie Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB

Der Rat der Gemeinde Holdorf hat in seiner Sitzung am 21.04.2020 für den im nachstehenden Kartenausschnitt kenntlich gemachten Geltungsbereich die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 „Südlich der Neuenkirchener Straße“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wird hiermit bekannt gegeben.



Die Vervielfältigungserlaubnis wurde erteilt.

Ziel der Bebauungsplan-Änderung ist es, die örtlich vorhandenen Flächen den dort ansässigen Betrieben nun vollständig als Gewerbegebietsflächen zur Verfügung zu stellen.

Gemäß § 13a Abs. 3 BauGB wird der Bebauungsplan ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt. Auch von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird abgesehen. Zur Beteiligung der Öffentlichkeit führt die Gemeinde jetzt die öffentliche Auslegung gem. § 13a Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB durch.

Die Entwurfsunterlagen zur o. g. Bebauungsplanänderung nebst zugehöriger Begründung liegen in der Zeit vom **22.06.2020 bis 24.07.2020** im Rathaus der Gemeinde Holdorf, Obergeschoss/Zimmer 17, Große Straße 19, 49451 Holdorf, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Dabei sind die dann jeweils aktuell geltenden Zutrittsregelungen für das Rathaus im Zuge der Coronaschutzmaßnahmen zu beachten. Ggf. kann für die Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin unter 05494/985-26 vereinbart werden.

Ebenfalls stehen die Unterlagen und Dokumente während der Auslegungszeit zur Einsichtnahme bzw. zum Herunterladen auf der Internetseite der Gemeinde Holdorf (www.holdorf.de unter „Verwaltung und Politik“ / „Aktuelle Bauleitplanverfahren“) zur Verfügung. Ferner besteht die Möglichkeit einer postalischen Zusendung der Unterlagen.

Während der Auslegungsfrist kann sich hier Jedermann über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich zur Planung äußern. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den o. g. Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage des Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 BauGB und dem Landesdatenschutzgesetz. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Informationspflichten bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem BauGB, das mit ausliegt.

Dr. Krug
Bürgermeister